

Anton Pelinka

## Partizipative (Staats-) BürgerInnen als Voraussetzung für eine funktionierende Demokratie

### Inhalt

Partizipative (Staats-) BürgerInnen als Voraussetzung für eine funktionierende Demokratie .....	2
<b>Anhang</b> .....	<b>11</b>
1. Chronologie: Politische Entwicklung in Österreich seit 1918 .....	11
2. Nationalratswahlen in der Ersten Republik (in absoluten Prozenten und Mandaten).....	15
3. Nationalratswahlen in der Zweiten Republik (in absoluten Prozenten und Mandaten).....	16
4. Regierungsformen in der Ersten Republik .....	19
5. Regierungsformen in der Zweiten Republik .....	20
6. Wahlbeteiligung in Österreich in der Ersten Republik.....	21
7. Wahlbeteiligung in der Zweiten Republik:.....	22
Nationalratswahlen und Wahlen zum Europäischen Parlament.....	22
8. Entwicklung des Mitgliederanteils von SDAP und CSP in der Ersten Republik.....	23
9. Entwicklung des Mitgliederanteils von SPÖ und ÖVP in der Zweiten Republik .....	24

## Partizipative (Staats-) BürgerInnen als Voraussetzung für eine funktionierende Demokratie

Es gibt eine demokratietheoretische These: Demokratie braucht die Partizipation der Bürgerinnen und Bürger – daher ist ein Mehr an Partizipation immer gut für die Demokratie.

Dieser These stelle ich, mit Bezug auf die Geschichte der Ersten und der Zweiten Republik, eine Gegenthese entgegen: Nicht jedes Mehr an Partizipation ist gut für die Demokratie. Die Demokratie braucht nicht Partizipation schlechthin – sie braucht eine Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger auf der Grundlage und im Rahmen der Demokratie, der demokratischen Werte und der demokratischen Spielregeln.

Seymour Martin Lipset bringt ein eindrucksvolles Beispiel, das diese Gegenthese stützt: Im November 1932 fanden in den beiden damals größten Demokratien der Welt freie und faire Wahlen statt. In den USA wurde Franklin D. Roosevelt Präsident. Im Deutschen Reich wurde die NSDAP zur stärksten Partei des Reichsrates. Die Wahlbeteiligung in den USA war um ca. ein Drittel geringer als in Deutschland. Die politische Partizipationsbereitschaft war in Deutschland also signifikant höher als in den USA. Was aber, so fragt Lipset – rhetorisch, was aber war besser für die Demokratie, Roosevelts Sieg oder der Sieg der NSDAP?

Die Schlussfolgerung ist natürlich nicht die absurde, dass politische Beteiligung generell schlecht für die Demokratie wäre; die Schlussfolgerung ist, dass politische Beteiligung allein – ohne Berücksichtigung bestimmter Zusatzfaktoren – nicht zwingend zur Verbesserung der Demokratie führt.

Zu diesen Zusatzfaktoren zählt insbesondere die demokratische Grundtugend des Relativismus: Im Rahmen des demokratisch legitimen Wettbewerbs der Ideen und Interessen geht es nicht um Schwarz und Weiß, nicht um Böse und Gut – es geht um Grautöne; es geht um das relativ Bessere; es geht um das kleinere Übel. Erst dann, wenn dieser Relativismus gegeben ist, können wir erwarten, dass Wahlergebnisse uneingeschränkt respektiert, dass Wahlniederlagen akzeptiert werden.

Frei nach Hans Kelsen: Wer mit absoluter Sicherheit zu wissen glaubt, dass der Sieg der einen Seite das Ende alles dessen wäre, wofür zu leben und zu arbeiten es sich lohnt, wird die Vorstellung empört zurückweisen, dass ein Wahlergebnis diesen Untergang aller Werte herbeiführen könnte.

Der Vergleich zwischen der Ersten und der Zweiten Republik Österreich liefert ein gutes Anschauungsbeispiel für die Relativierung der Partizipation als demokratischer Grundwert – und damit für die demokratische Grundtugend des Relativismus. Denn Erfolg und Misserfolg der Zweiten bzw. der Ersten Republik sind auf viele Determinanten zurückzuführen – aber offenkundig nicht auf ein sprunghaftes Ansteigen der politischen Partizipationsbereitschaft der Bürgerinnen und Bürger ab 1945.

Dieser Vergleich wird in vier Thesen zusammengefasst, die jeweils Rückschlüsse auf den Zusammenhang zwischen einer erfolgreichen Stabilisierung von Demokratie und der

Partizipationsbereitschaft der Bürgerinnen und Bürger herstellen – aber eben nicht im Sinne einer linearen, sondern einer komplexen Korrelation.

1. Es gibt gute Argumente dafür, dass die Zweite Republik Österreich ein demokratischer Erfolg war und ist – die Erste Republik hingegen als Misserfolg der Demokratie bilanziert werden muss.

Indikatoren für diese Aussage liefern ein eindeutiges Bild im Sinne der Plausibilität dieser These:

- Die Erste Republik endete nach 13 Jahren im Bürgerkrieg zwischen den beiden großen Lagern, die am Beginn der Ersten Republik dieser eine Grundlage in Form einer Verfassung gegeben hatten. Die Zweite Republik besteht nunmehr seit 63 Jahren – und niemand zweifelt ernsthaft an ihrer Stabilität. In der Ersten Republik fand zwischen 1920 und 1933 kein demokratischer Regierungswechsel im Sinne eines Rollentausches zwischen Regierung und Opposition statt – in der Zweiten Republik haben solche Wechsel bereits mehrfach stattgefunden (*Anhang Wahlen, Wahlergebnisse und Regierungsbildungen in der Ersten und Zweiten Republik*).
- Die Erste Republik war in den Augen der wesentlichen politischen Kräfte ein Provisorium, das als Zwischenstufe gedacht war – bis zum Aufgehen Österreichs im Deutschen Reich; und/oder bis zur Herstellung eines dem Sozialismus entsprechenden Systems; und/oder bis zur Etablierung einer katholischen, der päpstlichen Lehre entsprechenden Gesellschaftsordnung. Die Zweite Republik ist hingegen von einer Tendenz zur Verschwommenheit der Differenzen, zu einer Vorherrschaft politischer Grautöne charakterisiert.
- Das vorherrschende Nationalbewusstsein der Ersten Republik war kein österreichisches – es war, in der großdeutschen Tradition des Deutschnationalismus, auf der Annahme der Existenz der Zugehörigkeit Österreichs zur deutschen Nation aufgebaut. Das vorherrschende Nationalbewusstsein der Zweiten Republik war und ist hingegen mit wachsender Intensität von der Annahme der Existenz einer österreichischen Nation geprägt. Die Erste Republik war von einer Flucht tendenz gekennzeichnet – weg von der Vorstellung einer eigenständigen österreichischen Staatlichkeit; die Zweite Republik hat zu einer Aussöhnung des herrschenden Bewusstseins mit der Existenz Österreichs als Kleinstaat geführt.

Im Hintergrund dieser Bilanz stehen zwei Aspekte, die – als erklärende Variablen – erwähnt werden müssen: Die internationale Situation und die Ökonomie. Die Abkehr der Ersten Republik von der Demokratie ist auch im Zusammenhang mit den Tendenzen in Richtung autoritäre Semifaschismen oder totalitäre Faschismen in Österreichs Nachbarschaft zu sehen. 1934 qualifizierten von Österreichs Nachbarstaaten nur noch zwei – die Schweiz und die Tschechoslowakei – als Demokratien im Sinne eines liberalen Demokratieverständnisses, wie es ja auch der Verfassung der Ersten Republik entsprochen hätte.

Die Verschlechterung der wirtschaftlichen Situation – Stichwort: Massenarbeitslosigkeit – war eine zweite, wichtige Rahmenbedingung. Aber es muss festgehalten werden, dass die

ökonomische Krise in Westeuropa und Nordamerika nicht zur Abkehr von der Demokratie führte – obwohl die Wirtschaftsdaten Anfang der 1930er Jahre etwa in den USA mindestens so katastrophal waren wie in Deutschland und in Zentraleuropa.

Der Vergleich mit anderen Demokratien zeigt, dass es zwar – auch vor dem Hintergrund einer katastrophalen Wirtschaftslage – einen allgemeinen Trend weg von der Demokratie gab; dass die Weltwirtschaftskrise, einschließlich der Massenarbeitslosigkeit, aber keineswegs ausreicht, um das Scheitern der Demokratie der Ersten Republik zu erklären. Dazu braucht es andere, zusätzliche Determinanten, die in das Bild einzufügen sind. Diese Determinanten können am besten mit dem Begriff „Politische Kultur“ umschrieben werden.

2. Es gibt gute Argumente dafür, dass die politische Partizipation in der Zweiten Republik geringer oder zumindest nicht größer als in der Ersten Republik war und ist: Die Wahlbeteiligung, aber auch die Mitgliedschaft in politischen Parteien sind dafür wesentliche Belege.

Unter der Fülle möglicher Kennzahlen, die zur Messung politischer Beteiligung herangezogen werden, ist die Wahlbeteiligung eine der wohl wichtigsten: Da die liberale Demokratie letztlich auf der Garantie freier und fairer Wahlen mit Wettbewerbscharakter aufbaut, ist die Bereitschaft der Bürgerinnen und Bürger, sich daran zu beteiligen, natürlich nicht die einzige, aber eine der wichtigsten dieser Kennzahlen.

Hier spricht der Vergleich zwischen den beiden Republiken eine eindeutige Sprache: Bei den Nationalratswahlen der Ersten Republik stieg die Wahlbeteiligung kontinuierlich an – von 80 Prozent (1920) auf 90 Prozent (1930). Die Polarisierung zwischen den beiden großen politisch-weltanschaulichen Lagern führte zu einer Zunahme der politischen Partizipation, gemessen an der Wahlbeteiligung (Anhang *Wahlbeteiligungen in der Ersten und Zweiten Republik*).

Bei den Nationalratswahlen der Zweiten Republik lag die Wahlbeteiligung zwischen 1945 und 1986 in einer Bandbreite zwischen 96,8 Prozent (1949) und 90,5 Prozent (1986) – sie lag also durchwegs über 90 Prozent. Seither sinkt die Wahlbeteiligung fast dramatisch und hat 2006 mit 78,5 Prozent einen – bisherigen – Tiefstand erreicht. Die Beteiligung bei den Wahlen zum Europäischen Parlament, die noch weit unterhalb der bei Nationalratswahlen liegt, zeigt, dass diese Entwicklung auch auf der Ebene der Nationalratswahlen weiter gehen könnte. Auch die Beispiele der USA und der Schweiz zeigen, dass diese Entwicklung nichts Außergewöhnliches ist und auch nichts sein muss, was die Demokratie in Frage stellt.

Insgesamt kann für die Zweite Republik festgestellt werden: Nach etwa vier Jahrzehnten einer sehr hohen Wahlbeteiligung, die an eine ähnlich hohe Beteiligung am Ende der Ersten Republik anknüpfte, begann vor mehr als zwei Jahrzehnten ein kontinuierlicher Abfall der in den Daten der Wahlbeteiligung gemessenen politischen Partizipation. Gegenläufig zur Ersten Republik wirkte sich die langfristige Entwicklung der Zweiten in einer Abnahme der Beteiligung aus. Ist das nun ein Zeichen der Krise der österreichischen Demokratie? Wenn wir diese Frage mit „Ja“ beantworten – war dann die Steigerung der Beteiligung in der Schlussphase der Ersten Republik ein Zeichen des Erfolges der österreichischen Demokratie?

Der Einwand ist selbstverständlich berechtigt, dass die Wahlbeteiligung nur einer von mehreren Indikatoren ist, die etwas über die politische Partizipation aussagen. Aber nehmen wir einen anderen Indikator: Die Mitgliedschaft in den politischen Parteien. Dabei ist vor allem auf die Entwicklung der SPÖ zu rekurrieren: Mangels vergleichbarer Daten des katholisch-konservativen Lagers – die Christlichsoziale Partei hatte überhaupt keine statistisch erfasste Mitgliederstruktur; und die die Entwicklung der ÖVP-Mitgliederzahlen ist auf Grund der bündischen Struktur der Volkspartei nur sehr eingeschränkt quantitativ nachvollziehbar (Anhang *Entwicklung des Mitgliederanteils von SDAP und CSP bzw. SPÖ und ÖVP in der Ersten und Zweiten Republik*).

In der Ersten Republik zählte die Sozialdemokratische Arbeiterpartei Österreichs zu den am dichtest organisierten demokratischen Parteien Europas: etwa 20 Prozent der sozialdemokratischen Wählerschaft bildete die Mitgliedschaft einer gut organisierten Massenpartei. An dieser Organisationsdichte änderte sich zunächst in der Zweiten Republik nicht. Wie allerdings die Untersuchungen von Kurt Shell in den späten 1950er zeigten, verschob sich innerhalb der Massenmitgliederpartei SPÖ ein wichtiger Aspekt: Die SPÖ-Mitgliedschaft wurde immer weniger Wien-dominiert, die SPÖ wurde von einer primär in Wien organisierten Massenpartei zu einer, deren Organisationskraft in Wien zurückging, außerhalb Wiens aber – in Relation zu den Zahlen der Ersten Republik – zunahm.

Das Gesamtbild begann sich dramatisch rund um 1980 zu verschieben – also etwa zu dem Zeitpunkt, zu dem auch die Wahlbeteiligung zurückzugehen begann: Die SPÖ stürzte von ihrer Mitgliederzahl von etwa 700.000 (in den 1970er und frühen 1980er Jahren) auf kaum 400.000 (in den späten 1990er Jahren) ab, sie halbierte sich also. Eine Interpretation, das dies ursächlich mit dem Verlust von Regierungsmacht zu tun haben könnte, stimmt nicht, da der Abstieg sozialdemokratischer Organisationskraft noch in der Ära Kreisky einsetzte – also am Höhepunkt sozialdemokratischer Regierungsmacht.

Wir müssen für diesen Rückgang politischer Partizipation nach einer anderen Erklärung suchen – und wir finden sie auch im Generationenkonflikt: Der Absturz der Organisationskraft der SPÖ war und ist weniger eine Folge eines Massenauszugs von Mitgliedern aus der Partei; diese Entwicklung ist vielmehr das Resultat eines Generationenbruchs: Die SPÖ war, beginnend mit der Ära Kreisky, immer weniger in der Lage, die in einer Mitgliedschaft festgeschriebene Loyalität im Wechsel der Generation zu vermitteln. Und das gilt natürlich nicht nur für die SPÖ: Ganz allgemein ist festzuhalten, dass die Erfolgsbilanz der Zweiten Republik – die politische und wirtschaftliche Stabilität – der sich in hohen Beteiligungszahlen ausdrückenden Polarisierung die Grundlage entzogen hatte.

Und wieder die Frage: War die österreichische Demokratie in einem besseren Zustand, als die Sozialdemokratie von lebendigen Sektionen politisch bestimmt war, in denen Hunderttausende Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sich politisch beteiligten? Ist der Rückgang dieser Form politischer Beteiligung – für sich allen genommen – ein Krisenzeichen der österreichischen Demokratie insgesamt?

3. Der Erfolg einer Demokratie hängt somit nicht nur von der politischen Partizipationsbereitschaft der Bürgerinnen und Bürger ab, sondern auch wesentlich von einer Fülle anderer Faktoren.

Politische Kultur – im Sinne von Arend Lijpharts Modell einer konsensorientierten Demokratie – ist, auch und gerade mit Bezug auf die politische Kultur einer Demokratie, nicht nur auf das Verhalten der Bürgerinnen und Bürger (oder, anders ausgedrückt, der Gesellschaft) abgestellt; sondern auch auf das Verhalten der politischen Eliten – also der Repräsentantinnen und Repräsentanten der politischen Parteien und Interessenverbände.

Gerade die Zahlen der Wahlbeteiligung in den ersten Jahrzehnten der Zweiten Republik, aber auch die Organisationsdaten der Sozialdemokratie machen deutlich, dass sich am politischen Verhalten, dass sich an den Formen und Inhalten der politischen Partizipation in Österreich nichts Entscheidendes geändert hat: Zwei Großparteien dominierten das politische System, deren personelle Kontinuität sie vor allem als die Kräfte des Beharrens auszuweisen schien – eines Beharrens auf eine Tradition, für das Namen wie Renner und Kunschak, Raab und Schärf, Figl und Helmer standen: Namen, eng verbunden mit dem Misserfolg der Ersten Republik.

Die Organisationsformen und die Personen waren fast identisch. Und das 1945 zunächst noch nicht organisierte deutschnationale Lager schien mit seiner Wiedergeburt als Verband der Unabhängigen, 1949, die alte Normalität wieder herzustellen: Zwei große Parteien und eine dritte, mittlere; und alle drei Parteien verbunden mit politisch-weltanschaulichen Lagern, deren Organisationsvielfalt (vom Jugend- bis zum Bestattungsverein) für eine hohe Berechenbarkeit und Loyalität der Wählerinnen und Wähler zu garantieren schien.

Und das tat sie auch: Die Schwankungsbreite zwischen den einzelnen Wahlen waren, insbesondere auch im Verhältnis der beiden Großparteien zueinander, äußerst gering. Mit einer Ausnahme – die der SPÖ, 1949 – erzielten die Großparteien zwischen 1945 und 1970 niemals weniger als 40 Prozent, aber niemals mehr als 50 Prozent der Stimmen. Bei hoher Wahlbeteiligung wählten die Österreicherinnen und Österreicher in geradezu langweiliger Berechenbarkeit immer und immer wieder dieselben Parteien.

Davon kann die Aussage abgeleitet werden: in den ersten Jahrzehnten nach 1945 waren Form und Inhalt der politischen Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger nicht grundverschieden von der politischen Beteiligung zwischen 1918 und 1933. Der Erfolg der Zweiten Republik kann also nicht auf geänderte Beteiligungsformen und schon gar nicht auf eine geänderte Beteiligungsintensität zurückgeführt werden. Und als sich dann – ab 1970 – die Beteiligungsformen änderten, insbesondere durch ein immer beweglicheres Wahlverhalten, da begann bald darauf auch die Beteiligungsintensität zurückzugehen – wenn wir diese weiterhin zunächst mit den Kennzahlen der Wahlbeteiligung und der Parteimitgliedschaft messen.

Daher ist die Schlussfolgerung zwingend: Neben den externen Rahmenbedingungen, die von der Weltpolitik und der Weltwirtschaft vorgegeben wurden, waren die entscheidenden Faktoren für den Erfolg der Zweiten Republik nicht eine andere Form der politischen Beteiligung der Regierten – sondern die anderen Formen des Regierens. Nicht das Verhalten der Bürgerinnen und Bürger bestimmte den Erfolgskurs der Zweiten Republik, sondern das Verhalten der Regierenden, vor allem in Form der Repräsentantinnen und Repräsentanten der beiden Großparteien, aber auch der großen Verbände der Sozialpartnerschaft.

Natürlich muss in Rechnung gestellt werden, dass dieses geänderte Verhalten der politischen Eliten von den Wählerinnen und Wählern honoriert wurde: So stieg zwischen 1949 und 1975 der gemeinsame Stimmenanteil von SPÖ und ÖVP von 82,7 auf 93,4 Prozent. Die Bürgerinnen und Bürger akzeptierten und honorierten – jedenfalls in den ersten dreißig Jahren der Zweiten Republik – die auf einem institutionalisierten „power sharing“ aufbauende Konsens- und Kompromisspolitik. Die Große Koalition und die Sozialpartnerschaft waren – trotzdem oder weil sie elitär und abgehoben agierten – ungeheuer populär.

4. Neben internationalen und ökonomischen Faktoren zählt zu den Determinanten der Demokratie und ihres Erfolges in Österreich nach 1945 auch das Maß an Relativismus, mit dem in einer Gesellschaft der Wettbewerb der Ideen und Interessen betrachtet wird: Eine Wahrnehmung dieses Wettbewerbs als ein Kampf des Guten gegen das Böse kann zwar die politische Partizipation steigern, erschwert aber gleichzeitig die erfolgreiche Stabilisierung der Demokratie.

Diese erfolgsbringende Politische Kultur des Elitenkonsenses baute nicht auf einem plötzlich konsenshungrigen Elektorat auf. Die Wahlkämpfe der Nachkriegszeit zeigen vielmehr das Fortleben der alten, extrem aggressiven, einander ausschließenden Feindbilder: Da stand die „Rote Katze“, die eine Fortführung des gegen die Sozialdemokratie vorgebrachten Bolschewismusvorwurfs war, gegen die „Dollfußstraße“, die der ÖVP das Festhalten an autoritären, an faschistischen Zielvorstellungen zum Vorwurf machte.

An der Oberfläche schien sich wenig gegenüber der Ersten Republik geändert haben – stellt man die Beobachtung auf die Selbst- und Fremdbilder ab, die von den Parteien gerade auch in Zeiten der Wahlkämpfe gezeichnet wurden. Wahlkämpfe mobilisierten die weiterhin intakten Lager, die ja – zur Sicherung ihrer eigenen Identität – ein möglichst kräftiges Feindbild vom jeweils anderen brauchten. In der politischen Wirklichkeit des Regierens herrschte aber ein völlig neues Verständnis des Respekts der Interessen der jeweils anderen Seite vor. So gelang es, die Verstaatlichungsgesetze ebenso zu verabschieden wie die Lohn-Preis-Abkommen und damit die Grundlagen der Sozialpartnerschaft, die für Jahrzehnte das Markenzeichen der Zweiten Republik bleiben sollte. Und so war es möglich, im Zusammenhang mit dem weltpolitischen „window of opportunity“ auch Österreichs internationale Position einvernehmlich zu definieren.

Die Fähigkeit zur Kompromissbildung hatte zwei Voraussetzungen: Im Innenverhältnis der Eliten musste von den einander ausschließenden Zielvorstellungen Abschied genommen werden. Die Art und Weise, wie die anfangs als unlösbar geltende Konkordatsfrage 1960 gelöst wurde – freilich auch ermöglicht durch eine neue Kompromissbereitschaft des Vatikan, zeigt dies: Die SPÖ gab weitgehend in der Schulfrage nach, das heißt bezüglich der Finanzierung der Privatschulen – und die ÖVP gab ebenso weitgehend in der Frage des Eherechtes nach.

Die zweite Voraussetzung war aber, dass diese Abkehr vom Schwarz-Weiß-Denken der Vergangenheit, dass diese neue Kultur des politischen Relativismus, zunächst im arkanen Bereich der inneren Macht zu bleiben hatte. Der Gefolgschaft wurde nicht zugemutet, diese Aufweichung der noch vor jeweils einer Generation für unverzichtbar gehaltenen Positionen so ohne weiteres zu akzeptieren. Und es wäre ja auch kontraproduktiv gewesen, die neue Kultur des politischen Relativismus nach außen dringen zu lassen – baute doch die Mobilisierbarkeit der Lager und damit

die Berechenbarkeit des politischen Verhaltens der Bürgerinnen und Bürger auf der nach wie vor entlang der Feindbilder orientierten Loyalitäten auf.

Es war die Phase der Alleinregierungen, die – bester Beweis für den Erfolg der Demokratie der Zweiten Republik – diese Zweiteilung in die elitäre Geheimkultur des Relativismus und eine Volkskultur der einander ausschließenden Feindbilder aufhob. Und siehe, die Folgen waren der Rückgang der traditionellen Beteiligungsformen – der Wahlbeteiligung und der Parteimitgliedschaft. Die Bürgerinnen und Bürger begannen sich vom aufgeklärten Diktat des vernünftigen Kompromisses abzuwenden. Sie zogen sich mehr und mehr zurück – und begannen auch, andere Parteien zu wählen: die Grünen kamen als stabile vierte Partei auf; und die FPÖ erlebte als Partei eines Protestes gegen eine ohnehin nicht mehr aktuelle politische Kultur des Proporz (in Verbindung mit einem populären Mut zum Aussprechen angeblich politisch nicht korrekter Scheinwahrheiten) einen Höhenflug, der an den rasanten Aufstieg der historisch ja mit der FPÖ verbundenen NSDAP gemahnte.

Es war der Aufstieg der FPÖ zur zweitstärksten Partei, 1999, der als der augenscheinlichste Erfolg einer neuen Form der Beteiligungsbereitschaft der Bürgerinnen und Bürger gelten muss: So sehr wurde das wohlmeinende Kartell der Gründer der Republik bisher noch nie durcheinander gewirbelt wie durch das populistisch-populäre Mixtum aus NS-Verharmlosung, Fremdenfeindlichkeit und Ausbeutung von Modernisierungsängsten. Dass die Demokratie auch diesen Aufstieg zwar nicht unbeschadet, aber in ihrer Stabilität nicht wirklich gefährdet überstanden hat, das zählt auch zur Erfolgsbilanz der Zweiten Republik.

### *Schlussfolgerungen*

Die Vorstellung, es brauche nur eine Entfesselung des fiktiven demokratischen Souveräns – des demos, und schon würde die Qualität der Demokratie entscheidend wachsen, wird nicht nur am Beispiel Österreichs als vielleicht sympathisches Wunschdenken entlarvt und falsifiziert. Das Beispiel Jugoslawiens beweist dies noch viel eindringlicher: Es war die Demokratisierung, die Bürgerkriege auslöste, ethnische Säuberungen bewirkte und in genozidales Massenmorden mündete. In Jugoslawien entstand zuerst die Demokratie – und dann erst kam die schlimmste Welle von Gewalt und Verbrechen, die Europa nach 1945 gekannt hat. Das Ende der benevolenten Diktatur des Tito-Kommunismus kann natürlich nicht mit dem benevolenten, demokratisch legitimierten Kartell der österreichischen Großparteien und der österreichischen Sozialpartnerschaft gleichgesetzt werden. Und vor allem hat die weitgehende, freilich in mehreren Schritten erfolgte Auflösung dieses Kartells nicht zur Zerstörung der Demokratie geführt – während in Jugoslawien die Auflösung des post-titoistischen, nicht demokratischen Kartells zur Demokratie und durch die Demokratie zu Krieg und Verbrechen geführt hat.

Diese Ausführungen sollen und können nicht belegen, dass sich das Bemühen um politische Aufklärung, dass sich das Bemühen um die Schaffung von intellektuellen und emotionalen Voraussetzungen für eine möglichst breite politische Partizipation nicht positiv für die Demokratie auswirkt – ganz im Gegenteil. Diese Ausführungen sollen nur vor einer von Illusionen geprägten Bild warnen. Es gilt, im Interesse der Demokratie, das Volk als Einheitsbegriff zu dekonstruieren. Das Volk

gibt es nicht – weil 17-jährige AHS-Schülerinnen in Wien-Josefstadt mit 17 Jährigen Schülerinnen eines Lycees in Paris mehr Gemeinsamkeiten haben als mit pensionierten Forstarbeitern in der Obersteiermark; weil hinter dem Mythos „Volk“, der ja nicht zufällig gerade von den „Völkischen“ benutzt wurde, die Realität einer pluralistischen, einer widersprüchlichen Vielfalt steht; und weil, darüber hinaus, die Demokratie nicht nur die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger braucht – sondern auch den Relativismus der politischen Entscheidungsträgerinnen und -träger, einen Relativismus, den erfolgreiche politische Eliten langfristig auch der Gesellschaft zu vermitteln verstehen.

„Das Volk“ gibt es nicht. Es wird aber immer wieder konstruiert – etwa in Form der Ethnisierung der Politik, die vor allem „die anderen“ ausschließt: Die Entwicklung in Südosteuropa zeigt die Konsequenzen eines solchen Verständnisses von Volk. Das Volk gibt es nur unter Verzicht auf die ethnischen Fiktionen. Ein postethnisches Volk muss konstruiert werden, um der real existierenden Demokratie eine notwendige Grundlage zu geben: als Summe aller „citizens“, mit Betonung der Inklusivität – wie es dem Konzept Robert Dahls entspricht. Das Volk ist aber immer gesellschaftlich gemacht – und nicht etwa Produkt der Natur.

Alle sozialwissenschaftlichen Traditionsströme – von Karl Marx bis Theodor Adorno – belegen die unvermeidlich vorhandene gesellschaftliche Differenz, die der Fiktion eines einheitlichen Volkes entgegensteht. In der Demokratie geht es um die Beteiligung der einzelnen Bürgerinnen und Bürger – unter Anerkennung der Differenz ihrer Werte und Positionen. Und zu diesem Respekt vor den Bürgerinnen und Bürgern gehört auch, die Grenzen der politischen Beteiligungsbereitschaft zu akzeptieren.

In einer von mir als Zitat leider nicht belegbaren Anekdote, die in einem Wiener Kaffeehaus 1919 spielt, stürmt ein Revolutionär in dieses Café – nach der einen Legende ist es Franz Werfel, nach der anderen Egon Erwin Kisch – und ruft erregt und begeistert aus: „Revolution! Das Volk ergreift die Macht!“ Worauf – in dieser wie gesagt durch nichts belegten Anekdote – einer der anwesenden Kaffeehausliteraten (Peter Altenberg wird hier oft genannt) entsetzt ausruft: „Das Volk? Unsere Leut’? Um Gottes willen!“

Es geht nicht um das Volk. Es geht in der Demokratie darum, aus Altenbergs „Leut’“ Bürgerinnen und Bürger zu machen, die – in Erkenntnis der Möglichkeiten und Grenzen der Politik – sich für das wünschenswert Mögliche einsetzen; und die auch akzeptieren, dass andere etwas anderes als wünschenswert möglich einstufen. Es geht um die Vermittlung dieses Ethos des politischen Relativismus, der auch gegenüber den politischen Heilslehren immunisiert, die im 20. Jahrhundert (und auch schon davor) immer die Vorboten des Gegenteils von Demokratie waren.

### Literatur

Adorno et al. 1982: T.W. Adorno, Else Frenkel-Brunswik, Daniel J. Levinson, R. Nevitt Sanford: *The Authoritarian Personality*. New York (W.W. Norton).

Dachs u.a. 2006: Herbert Dachs u.a. (Hrsg): *Politik in Österreich. Das Handbuch*. Wien (Manz).

Dahl 1989: Robert A. Dahl: *Democracy and Its Critics*. New Haven (Yale University Press).

Kelsen 1920: Hans Kelsen: *Vom Wesen und Wert der Demokratie*. Tübingen (Mohr).

Lijphart 1977: Arend Lijphart: *Democracy in Plural Societies. A Comparative Exploration*. New Haven (Yale University Press).

Lipset 1981: Seymour Martin Lipset: *Political Man. The Social Bases of Politics*. Baltimore (The Johns Hopkins University Press).

Pelinka 2005: Anton Pelinka, *Vom Glanz und Elend der Parteien. Struktur- und Funktionswandel des österreichischen Parteiensystems*. Innsbruck (Studien Verlag).

Pelinka, Rosenberger 2007: Anton Pelinka, Sieglinde Rosenberger: *Österreichische Politik. Grundlagen, Strukturen, Trends*. 3. Auflage. Wien (facultas.wuv).

Plasser, Ulram 2007: Fritz Plasser, Peter A. Ulram (Hg.): *Wechselwahlen. Analysen zur Nationalratswahl 2006*. Wien (facultas.wuv)

Rathkolb 2005: Oliver Rathkolb: *Die paradoxe Republik. Österreich 1945 bis 2005*. Wien (Paul Zsolnay)

Salzborn 2005: Samuel Salzborn: *Ethnisierung der Politik. Theorie und Geschichte des Volksgruppenrechtes in Europa*. Frankfurt am Main (Campus).

Shell 1969: Kurt Shell: *Jenseits der Klassen? Österreichs Sozialdemokratie seit 1934*. Wien (Europa).

## Anhang

### 1. Chronologie: Politische Entwicklung in Österreich seit 1918

#### 1918

Der Erste Weltkrieg führt zum Zusammenbruch der K-und-K-Monarchie. Am 3. Oktober wird der Waffenstillstand zwischen Österreich-Ungarn und der Entente unterzeichnet. Am 21. Oktober konstituiert sich die „Provisorische Nationalversammlung für Deutschösterreich“, am 30. Oktober bildet Staatskanzler Karl Renner eine provisorische Regierung, die die provisorische Verfassung für „Deutschösterreich“ verabschiedet. Nach dem Regierungsverzicht Kaiser Karls I und dem Rücktritt des Reichsrats proklamiert die provisorische Nationalversammlung am 12. November 1918 die Republik Österreich.

#### 1919

Am 16. Februar 1919 finden Wahlen zur Verfassunggebenden Nationalversammlung statt, aus der eine Koalition zwischen Christlichsozialen und Sozialdemokraten hervorgeht. Die Nationalversammlung erklärt „Deutsch-Österreich“ am 12. März 1919 zum Bestandteil der „Deutschen Republik“. Am 3. April 1919 spricht die Nationalversammlung die Landesverweisung und Enteignung des Hauses Habsburg-Lothringen aus, der Adel wird verboten. Am 10. September 1919 wird der Friedensvertrag in St. Germain unterzeichnet. Damit verzichtet Österreich auf die offizielle Bezeichnung „Deutsch-Österreich“ und auf die territoriale Vereinigung mit dem Deutschen Reich. Österreich muss die Nachfolgestaaten der K-und-K-Monarchie (Tschechoslowakei, Ungarn, Jugoslawien, Polen) anerkennen, Böhmen, Mähren und einige Gemeinden Niederösterreichs gehen an die neu gegründete Tschechoslowakei, Südtirol bis zum Brenner, das Küstenland mit Görz und Triest, Istrien und Gebiete Dalmatiens müssen an Italien abgetreten werden, Teile der Untersteiermark, das Kärntner Mießtal und das Seeland gehen an das Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen; Westungarn (Burgenland) kommt zu Österreich. Die Nationalversammlung nimmt den Friedensvertrag am 17. Oktober unter Protest an.

#### 1920 bis 1926

Nach einer Differenz in der Wahl von Heeresvertrauensmännern kommt es im Juni zum Bruch der Koalition. Trotzdem wird am 1. Oktober 1920 die gemeinsam ausgehandelte Bundesverfassung mit den Stimmen von Christlichsozialen und Sozialdemokraten angenommen. In der Verfassung wird Österreich als Bundesstaat mit einer stark parlamentarisch geprägten Demokratie (Zweikammersystem National- und Bundesrat) festgeschrieben; das Parlament ist eindeutig das zentrale und führende Staatsorgan. Die Wahl der Abgeordneten zum Nationalrat erfolgt in einer direkten, freien, gleichen und geheimen Wahl; die Abgeordneten zum Bundesrat werden von den Landtagen beschickt; der Bundespräsident als Staatsoberhaupt wird von der Bundesversammlung (Nationalrat und Bundesrat zusammen) gewählt. Bei den Nationalratswahlen vom 16. Oktober 1920 werden die Christlichsozialen die stärkste Partei, die Sozialdemokraten scheiden aus der Regierung aus. In den folgenden Jahren wird die Regierung in kurzen Abständen mehrfach umgebildet. Wirtschaftliche Probleme, eine hohe Inflation und eine hohe Arbeitslosigkeit führen zu sozialen

Spannungen und zu kämpferischen Auseinandersetzungen zwischen Sozialdemokraten, Kommunisten, Heimwehr und Nationalsozialisten.

### 1927

Zusammenstöße im burgenländischen Schattendorf, in dem sich rechte und linke paramilitärische (Wehr-)organisationen (Frontkämpfer und Republikanischer Schutzbund) gegenüberstehen, führen zu zwei Toten (darunter ein Kind) und mehreren Verletzten. Nach den Freisprüchen der Schützen von Schattendorf kommt es zu spontanen Arbeitunruhen und zum Marsch auf den Justizpalast (15./16. Juli), der als Symbol einer Klassenjustiz in Brand gesetzt wird. Das brutale Vorgehen der Wiener Polizei unter der Leitung des Polizeipräsidenten Schober fordert 90 Todesopfer und mehrere hundert Verletzte. Auch in den folgenden Jahren kommt es zu zahlreichen Auseinandersetzungen.

### 1929

Novellierung der Bundesverfassung am 7. Dezember: Auf Druck der faschistischen Heimwehr wird der Bundespräsident nach dem Muster der autoritären Trends der Zeit gegenüber dem Parlament gestärkt. Das parlamentarische Regierungssystem erhält dadurch einen präsidentialen Einschlag. Der Bundespräsident wird nun vom Volk direkt auf einen Zeitraum von sechs Jahren gewählt und erhält erweiterte Kompetenzen.

### 1930

Am 18. Mai wird bei einer Tagung der Heimwehrlführer der „Korneuburger Eid“ geleistet, in dem die Heimwehren die parlamentarische Demokratie ablehnen und verkünden, die Macht im Staat ergreifen zu wollen; es wird ein Bekenntnis zum Führerprinzip und zum „Ständestaat“ abgelegt. Am 9. November 1930 finden die letzten freien Nationalratswahlen in der Ersten Republik statt.

### 1931

Zusammenbruch der Credit-Anstalt und Höhepunkt der Banken-Krise (24. Mai). Der Putschversuch des steirischen Heimwehrlführers Walter Pfrimer vom 13. September („Marsch auf Wien“) scheitert.

### 1933

Am 4. März 1933 nutzt Bundeskanzler Dollfuß als Vorsitzender einer Regierung des „Bürgerblocks“ aus Christlichsozialen, Großdeutschen, Landbund und Heimwehr eine Geschäftsordnungskrise und den Rücktritt der drei Parlamentspräsidenten dazu, das Parlament auszuschalten. Regiert wird in Folge auf Basis des Kriegswirtschaftlichen Ermächtigungsgesetzes aus dem Jahr 1917. Der Republikanische Schutzbund wird am 31. März 1933 aufgelöst, er besteht aber in Folge illegal weiter. Am 21. Mai wird die „Vaterländische Front“ als „patriotisch-österreichisch-nationale“ Sammlungsbewegung gegründet, am 27. Mai wird die Kommunistische Partei Österreichs und am 19. Juni die österreichische NSDAP verboten. Bundeskanzler Dollfuß verkündet am 11. September auf dem Wiener Trabrennplatz sein „Programm“ für einen autoritären „Ständestaat“. Am 23. September folgt eine Verordnung zur „Errichtung von Anhaltelagern zur Internierung politischer Häftlinge“.

### 1934

Eine Waffensuche im Linzer Arbeiterheim „Hotel Schiff“ löst den bewaffneten Widerstand des Republikanischen Schutzesbundes aus, die Kämpfer greifen auf ganz Österreich über, es kommt zum

Bürgerkrieg (12.-15. Februar), der von der Regierung Dollfuß (Bundesheer, Heimwehr) blutig niedergeschlagen wird. Die Sozialdemokratische Partei und ihre gesamten Organisationen werden in Folge verboten. Am 17. März werden die „Römischen Protokolle“ unterzeichnet, es kommt zu einer verstärkten wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen Österreich, Ungarn und Italien; Dollfuß und Mussolini rücken näher zueinander. Am 30. April wird ein Rumpfparlament zur Scheinlegalisierung der „Notverordnungen“ und der „Maiverfassung“ einberufen. Die neue Verfassung für einen „christlichen, deutschen Bundesstaat auf ständischer Grundlage“ wird im „Namen Gottes“ am 1. Mai proklamiert. Im Zuge eines nationalsozialistischen Putschversuches wird Bundeskanzler Dollfuß am 25. Juli 1934 ermordet, der Putschversuch scheitert aber. Sein Nachfolger wird Kurt Schuschnigg.

### 1936

Im „Juli-Abkommen“ wird am 11. Juli 1936 die Anerkennung der österreichischen Souveränität durch das Deutsche Reich festgehalten und seine Nichteinmischung festgehalten. Im Gegenzug dazu und zu einer Verbesserung der Handelsbeziehungen muss Österreich zwei Vertreter der „nationalen Opposition“ in seine Regierung aufnehmen, eine Außenpolitik in Anlehnung an jene Deutschlands betreiben und verhaftete Nationalsozialisten freilassen. Am 15. Oktober lässt Kanzler Schuschnigg alle Wehrverbände, darunter auch die Heimwehren, auflösen; eine überparteiliche „Frontmiliz“ wird geschaffen.

### 1938

Bei einem Treffen zwischen von Hitler und Schuschnigg am 12. Februar in Berchtesgaden wird der österreichische Bundeskanzler massiv unter Druck gesetzt. Unter der Androhung eines Einmarsches wird die Aufnahme von zwei nationalsozialistischen Ministern in die Regierung und die Amnestierung der inhaftierten Nationalsozialisten gefordert. Gefordert wird insbesondere das Innenministerium. Am 9. März kündigt Schuschnigg die Abhaltung einer Volksbefragung über die Selbständigkeit Österreichs an, auf deutschen Druck wird die Volksbefragung jedoch abgesagt. Die deutsche Wehrmacht marschiert am 12. März 1938 in Österreich unter großem Jubel ein; erste Verhaftungswellen von RegimegegnerInnen setzen ein. Am 13. März 1938 wird das „Bundesverfassungsgesetzes über die Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich“ verlautbart. Hitler verkündet am 15. März auf dem Heldenplatz den „Anschluss“. Bei einer von den Nationalsozialisten gelenkten und kontrollierten „Volksabstimmung“ sprechen sich am 10. April 99,73 Prozent für eine „Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich“ aus.

### 1938-1945

Österreich ist ein Teil des Deutschen Reichs, das mit dem Angriff auf Polen am 1. September 1939 den Zweiten Weltkrieg beginnt. In der „Moskauer Deklaration“ bekunden die Vereinigten Staaten, Großbritannien und die Sowjetunion den Willen, ein freies und unabhängiges Österreich wieder herzustellen (Beschlussfassung am 30. Oktober 1943, Verlautbarung am 1. November 1943). Alliierte Truppen stoßen von März bis Mai 1945 nach Österreich vor und besetzen dieses. Am 27. April 1945 proklamieren die Vorstände der wieder entstandenen politischen Parteien die Selbstständigkeit Österreichs und bilden eine Provisorische Staatsregierung (Allparteienregierung) unter Staatskanzler Karl Renner, die vorerst nur die Anerkennung durch die Sowjetunion, später auch jene der Westmächte (20. Oktober) findet. Am 7./8. Mai unterzeichnet Deutschland seine bedingungslose Kapitulation. In drei Länderkonferenzen wird im Herbst 1945 der Bestand des Gesamtstaates gesichert, die ersten freien Nationalratswahlen seit Kriegsende führen am 25. November 1945 zu

einem Wahlsieg der ÖVP, zweitstärkste Partei wird die SPÖ; die KPÖ erhält nur rund 5 Prozent der Stimmen. Die Allparteienregierung wird fortgesetzt und endet mit dem Ausscheiden der Kommunisten aus der Regierung 1947. In Folge bilden ÖVP und SPÖ eine große Koalition.

#### **1945-1955**

Österreich ist in vier Besatzungszonen gegliedert. Mit dem Staatsvertrag vom 15. Mai 1955 erhält Österreich seine volle Souveränität zurück.

#### **1966**

Die Große Koalition wird erstmals durch eine Alleinregierung der ÖVP unter Bundeskanzler Josef Klaus abgelöst.

#### **1970-1983**

Ära-Kreisky. Bei den Nationalratswahlen 1970 erringt die SPÖ die relative Stimmen- und Mandatsmehrheit und bildet mit Unterstützung der FPÖ eine Minderheitsregierung; ein Jahr später, bei den Nationalratswahlen 1971, erreicht sie die absolute Stimmen- und Mandatsmehrheit und kann diese bis 1983 halten. Besonders die frühen Jahre der „Ära Kreisky“ sind durch eine Reformphase geprägt.

#### **1983-1986**

Kleine Koalition bestehend aus SPÖ und FPÖ.

#### **1986-2000**

Große Koalition aus SPÖ und ÖVP. Österreich beantragt am 17. Juli 1989 die Mitgliedschaft in der Europäischen Gemeinschaft. Formal aufgenommen werden die Beitrittsverhandlungen am 1. Februar 1993. Bei einer Volksabstimmung sprechen sich am 12. Juni 1994 66,58 Prozent der ÖsterreicherInnen für den EU-Beitritt Österreichs aus. Der Beitrittsvertrag wird am 24. Juni 1994 in Korfu unterzeichnet. Am 1. Jänner 1995 tritt Österreich gemeinsam mit Schweden und Finnland der Europäischen Union bei.

#### **2000-2007**

Koalition aus ÖVP und FPÖ (später BZÖ). Im Zuge der Regierungsbildung kommt es aufgrund der Regierungsbeteiligung der FPÖ zu Protesten in- und außerhalb Österreichs, die EU reagiert mit „Sanktionen“. Die bilateralen Maßnahmen werden nach einem Weisenbericht, der am 8. September 2000 dem französischen Staatspräsidenten und EU-Ratsvorsitzenden Jacques Chirac übergeben wird, aufgehoben.

#### **2007ff**

Große Koalition aus SPÖ und ÖVP.

Quellen: Forum Politische Bildung (Hg.), Wendepunkte und Kontinuitäten. Zäsuren der demokratischen Entwicklung in der österreichischen Geschichte (Sonderband der *Informationen zur Politischen Bildung*), Innsbruck/Wien 1998 (aktualisierte Onlineausgabe 2008 auf [www.politischebildung.com](http://www.politischebildung.com), 12.11.2008)

## 2. Nationalratswahlen in der Ersten Republik (in absoluten Prozenten und Mandaten)

Jahr	Prozente											Mandate										
	Wahlb.	CSP <sup>1</sup>	SDAP	Dt. nationale Parteien <sup>2</sup>	Einheitsliste <sup>3</sup>	Landbund <sup>4</sup>	Nat. Wirtschaftsblock <sup>5</sup>	Heimatblock <sup>6</sup>	Jüd.-Nat. Partei	Partei d. Sozialist. u. dem. Tschechoslowaken	Sonst. Parteien <sup>7</sup>	ges.	CSP	SDAP	Dt. nationale Parteien	Einheitsliste	Landbund	Nat. Wirtschaftsblock	Heimatblock	Jüd.-Nat. Partei	Partei de. Sozialist. u. dem. Tschechoslowaken	Sonst. Parteien
1919	84,4	35,9	40,8	20,8	-	-	-	-	0,3	2,2	-	170	69	72	27	-	-	-	-	1	1	-
1920	80,3	41,8	36,0	17,2	-	-	-	-	-	-	5	183	85	69	28	-	-	-	-	-	-	1
1923	87,0	45,0	39,6	12,8	-	-	-	-	-	-	2,6	165	82	68	15	-	-	-	-	-	-	-
1927	89,3	-	42,0	-	48,2	6	-	-	-	-	3	165	(73)	71	(12)	85	9	-	-	-	-	-
1930	90,2	35,7	41,1	-	-	-	11,6	6,2	-	-	5,4	165	66	72	-	-	-	19	8	-	-	-

### Anmerkungen zur Tabelle:

<sup>1</sup> 1927 als Einheitsliste mit Großdeutscher Volkspartei angetreten. Auf die CSP entfielen dabei 73 und auf die GDVP 12 Mandate.

<sup>2</sup> Für 1919 nicht weniger als 17 Parteien darunter vereint – 1920: zusammengesetzt aus Großdeutscher Volkspartei, Deutschösterr. Bauernpartei, Kärntner Bauernbund, Nationalsozialisten. – 1923: Großdeutsche Volkspartei und Landbund.

<sup>3</sup> Wahlpartei, 1927 gebildet aus CSP, GDVP, Mittelständischer Volkspartei und weiteren kleineren nationalen Gruppierungen.

<sup>4</sup> Der Landbund kandidierte bis 1923 jeweils mit der GDVP, 1927 dann erstmals selbständig.

<sup>5</sup> Als „Schober-Block“ 1930, gebildet aus GDVP, Landbund für Österreich und kleiner Parteien.

<sup>6</sup> Liste bürgerlicher Selbstschutzformationen (Heimwehren).

<sup>7</sup> Das Mandat errang 1922 in einer Nachwahl die Burgenländische Bürger- und Bauernpartei.

### Legende

CSP Christlichsoziale Partei, SDAP Sozialdemokratische Arbeiterpartei

Quelle: Dachs, Herbert u.a. (H.), Handbuch des politischen Systems Österreichs. Erste Republik 1918-1933, Wien 1995, S. 150.

### 3. Nationalratswahlen in der Zweiten Republik (in absoluten Prozenten und Mandaten)

Jahr	Prozente											Mandate								
	Wahlb.	SPÖ	ÖVP	FPÖ	KPÖ	Sonstige						ges.	SPÖ	ÖVP	FPÖ	KPÖ	GRÜNE	LIF		
1945	94,3	44,6	49,8	-	5,4				0,2					165	76	85	-	4		
1949	96,8	38,7	44,0	11,7	5,1				0,5					165	67	77	16	5		
1953	95,8	42,1	41,3	10,9	5,3				0,4					165	73	74	14	4		
1956	96,0	43,0	46,0	6,5	4,4				0,1					165	74	82	6	3		
1959	94,2	44,8	44,2	7,7	3,3				0,0					165	78	79	8	-		
1962	93,8	44,0	45,4	7,1	3,0				0,5					165	76	81	8	-		
1966	93,8	42,6	48,3	5,4	0,4				3,3					165	74	85	6	-		
1970	91,8	48,4	44,7	5,5	0,9				0,3					165	81	78	6	-		
1971	92,4	50,0	43,1	5,5	1,4				0,04					183	93	80	10	-		
1975	92,9	50,4	43,0	5,4	1,2				0,03					183	93	80	10	-		
1979	92,9	51,0	41,9	6,1	1,0				0,05					183	95	77	11	-		
						ALÖ	VGÖ	ÖP	AHB											
1983	92,6	47,7	43,2	4,98	0,7	1,4	1,9	0,1	0,1					183	90	81	12	-		
						GRÜNE	GAL	K.G.	MIR											
1986	90,5	43,1	41,3	9,7	0,7	4,8	0,1	0,02	0,2					183	80	77	18	-	8	
						GRALT	VGÖ	VDS	CWG	WGÖ	CDP	GF								
1990	86,1	42,8	32,1	16,6	0,6	4,8	2,0	0,8	0,2	0,1	0,1	0,1		183	80	60	33	-	10	
						GRÜNE	VGÖ	LIF	NEIN	BGÖ	ÖNP	CWG								
1994	81,9	34,9	27,7	22,5	0,3	7,3	0,1	6,0	0,9	0,1	0,1	0,2		183	65	52	42	-	13	11
												DBP	FRITZ							
												0,01	0,01							
						GRÜNE	ÖNP	LIF	NEIN			DBP	DBP							

1995	86,0	38,1	28,3	21,9	0,3	4,8	0,03	5,5	1,1	-	0,01			183	71	53	40	-	9	10
						<b>GRÜNE</b>	<b>LIF</b>	<b>DU</b>	<b>NEIN</b>	<b>CWG</b>										
1999	80,4	33,2	26,9	26,9	0,5	7,4	3,7	1,0	0,4	0,1	-	-		183	65	52	52	-	14	-
						<b>GRÜNE</b>	<b>LIF</b>	<b>Demokraten</b>	<b>Soz. Linkspartei</b>	<b>CWG</b>										
2002	84,3	36,5	42,3	10,0	0,6	9,5	1	0,05	0,08	0,04	-	-		183	69	79	18	-	17	-
2006	78,5	35,3	34,3	11,0	1,00	<b>GRÜNE</b> 11,0	<b>BZÖ</b> 4,1	<b>MATIN</b> 2,8	<b>NFÖ</b> 0,23%					183	68	66	21		21	<b>BZÖ: 7</b>
2008	78,8	29,3	26,0	17,5	0,8	10,4	10,7	<b>LIF</b> 2,1	<b>FRITZ</b> 1,8					183	57	51	34		20	<b>BZÖ: 21</b>

**Legende:**

1945ff

SPÖ	Sozialdemokratische Partei Österreichs
ÖVP	Österreichische Volkspartei
FPÖ	Freiheitliche Partei Österreichs, 1949 VdU (Verein/Wahlpartei der Unabhängigen)
KPÖ	Kommunistische Partei Österreichs

1983

ALÖ	Alternative Liste Österreichs
VGÖ	Vereinte Grüne Österreichs – Liste Tollmann
ÖP	Österreich Partei

1986

GRÜNE	Grüne Alternative/Liste Freda Meissner-Blau
GAL	Die Grüne Alternative/Demokratische Liste
KG	Kärntner Grüne/VGÖ/VÖGA/Unabh. Gemeinderäte
MIR	Aktionsliste Mir reicht's

1990

GRALT	Die Grüne Alternative – Grüne im Parlament
VGÖ	Vereinte grüne Österreichs – Das Umwelt-Bürgerforum
VDS	Verband der Sozialversicherten
CWG	Christliche Wähler-Gemeinschaft
CDP	Christdemokratische Partei Österreichs

WGÖ	Wahlplattform der Grauen Österreichs
GF	Fritz Georg Namensliste
1994	
GRÜNE	Die Grünen – Die grüne Alternative
LIF	Liberales Forum Heide Schmidt
VGÖ	Vereinte Grüne Österreichs – Liste Adi Pinter
CWG	Christliche Wähler-Gemeinschaft
NEIN	Nein – Bürgerinitiative gegen den Verkauf Österreichs
ÖNP	Österreichische Naturgesetz-Partei
BGÖ	Bürgerliche grüne Österreichs – freie Demokraten die Liberalen – Verband der Sozialversicherten; Bürgerlisten und Unabhängige
DBP	Die beste Partei
FRITZ	Fritz Georg
1995	
ÖNP	Österreichische Naturgesetz-Partei
DBP	Die beste Partei
NEIN	Bürgerinitiative NEIN zur EU – Austritt jetzt
DU	Die Unabhängigen – Liste Lugner
1999	
LIF	Liberales Forum
NEIN	Nein zu nato und EU – Bürgerinitiative Neutrales Österreich (nur in acht Bundesländern, ohne Burgenland)
CWG	Christliche Wählergemeinschaft (nur in Salzburg, Tirol und Vorarlberg)
2006	
BZÖ	Die Freiheitlichen - Liste Westenthaler – BZÖ (Bündnis Zukunft Österreich)
MATIN	Liste Dr. Martin - Für Demokratie, Kontrolle, Gerechtigkeit
NFÖ	EU-Austritt - Neutrales Freies Österreich
2008	
FRITZ	Bürgerforum Österreich – Liste Fritz Dinkhauser

Quelle: Forum Politische Bildung (Hg.), Zum politischen System Österreichs (*Informationen zur Politischen Bildung*, Band 17), Wien/München 2000, S. 13;  
Ergänzungen durch [www.bmi.gv.at/wahlen](http://www.bmi.gv.at/wahlen) (12.11.2008)

#### 4. Regierungsformen in der Ersten Republik

Wahlgang	Regierungsform	Beteiligte Parteien
Vor erster Wahl	Allparteienregierung (Prov. Staatsregierung)	SDAP, CSP, Deutschnationale, Beamte
Nationalratswahl 1919	Koalitionsregierung	SDAP, CSP, GD, Beamte
Nationalratswahl 1920	Koalitionsregierung	CSP, GDVP, Beamte*
Nationalratswahl 1923	Koalitionsregierung	CSP, GDVP, Beamte*
Nationalratswahl 1927	Koalitionsregierung	CSP, GDVP, LB, Beamte, HB*
Nationalratswahl 1930	Koalitionsregierung	CSP, GDVP, LB, Beamte, HB*

\*in versch. Zusammensetzungen

Quelle:

Müller, Wolfgang C. / Philipp, Wilfried / Steininger, Barbara, Die Regierung, in: Dachs, Herbert u.a. (Hg.), Handbuch des politischen Systems Österreichs. Erste Republik 1918-1933, Wien, 1995, S. 80 und 82.

## 5. Regierungsformen in der Zweiten Republik

Wahlgang	Regierungsform	Beteiligte Parteien
Vor erster Wahl	Allparteienregierung (Provisorische Staatsregierung)	ÖVP, SPÖ, KPÖ
Nationalratswahl 1945	Allparteienregierung	ÖVP, SPÖ, KPÖ
Nationalratswahl 1949	Koalitionsregierung	ÖVP, SPÖ
Nationalratswahl 1953	Koalitionsregierung	ÖVP, SPÖ
Nationalratswahl 1956	Koalitionsregierung	ÖVP, SPÖ
Nationalratswahl 1959	Koalitionsregierung	ÖVP, SPÖ
Nationalratswahl 1962	Koalitionsregierung	ÖVP, SPÖ
Nationalratswahl 1966	Alleinregierung	ÖVP
Nationalratswahl 1970	Alleinregierung	SPÖ
Nationalratswahl 1971	Alleinregierung	SPÖ
Nationalratswahl 1975	Alleinregierung	SPÖ
Nationalratswahl 1979	Alleinregierung	SPÖ
Nationalratswahl 1983	Koalitionsregierung	SPÖ, FPÖ
Nationalratswahl 1986	Koalitionsregierung	SPÖ, ÖVP
Nationalratswahl 1990	Koalitionsregierung	SPÖ, ÖVP
Nationalratswahl 1994	Koalitionsregierung	SPÖ, ÖVP
Nationalratswahl 1995	Koalitionsregierung	SPÖ, ÖVP
Nationalratswahl 1999	Koalitionsregierung	ÖVP, FPÖ
Nationalratswahl 2002	Koalitionsregierung	ÖVP, FPÖ (seit 2005 BZÖ)
Nationalratswahl 2006	Koalitionsregierung	SPÖ, ÖVP
Nationalratswahl 2008	Koalitionsregierung	SPÖ, ÖVP

Quelle: Bundeskanzleramt – [www.bka.gv.at](http://www.bka.gv.at) (20.5.2008)

## 6. Wahlbeteiligung in Österreich in der Ersten Republik

### Nationalratswahlen

Nationalratswahl 1919	84,4%
Nationalratswahl 1920	80,3%
Nationalratswahl 1923	87,0%
Nationalratswahl 1927	89,3%
Nationalratswahl 1930	90,2%

Quelle: [www.bmi.gv.at/wahlen/wahldownloads/NRW\\_Hist\\_NRW\\_Repl.pdf](http://www.bmi.gv.at/wahlen/wahldownloads/NRW_Hist_NRW_Repl.pdf) (20.5.2008)

## 7. Wahlbeteiligung in der Zweiten Republik: Nationalratswahlen und Wahlen zum Europäischen Parlament

Nationalratswahl 1945	94,3%
Nationalratswahl 1949	96,8%
Nationalratswahl 1953	95,8%
Nationalratswahl 1956	96,0%
Nationalratswahl 1959	94,2%
Nationalratswahl 1962	93,8%
Nationalratswahl 1966	93,8%
Nationalratswahl 1970	91,8%
Nationalratswahl 1971	92,4%
Nationalratswahl 1975	92,9%
Nationalratswahl 1979	92,2%
Nationalratswahl 1983	92,6%
Nationalratswahl 1986	90,5%
Nationalratswahl 1990	86,1%
Nationalratswahl 1994	81,9%
Nationalratswahl 1995	86,0%
Europäisches Parlament 1996	67,7%
Nationalratswahl 1999	80,4%
Europäisches Parlament 1999	49,4%
Nationalratswahl 2002	84,3%
Europäisches Parlament 2004	42,4%
Nationalratswahl 2006	78,5%
Nationalratswahl 2008	78,8%

Quellen: Forum Politische Bildung (Hg.), Zum politischen System Österreichs. Zwischen Modernisierung und Konservativismus (*Informationen zur Politischen Bildung*, Band 17), Wien/München 2000, S. 14; Bundesministerium für Inneres: [www.bmi.gv.at/wahlen/](http://www.bmi.gv.at/wahlen/) (12.11.2008)

## 8. Entwicklung des Mitgliederanteils von SDAP und CSP in der Ersten Republik

Jahr	SDAP	CSP*
1920	335.863	
1922	553.022	
1924	566.124	
1929	718.056	
1932	648.497	

\* Aussagen über den Organisationsgrad der CSP sind aufgrund einer fehlenden statistischen Mitgliederstruktur und einer differenzierten und unübersichtlichen Grundlegung der Partei über das katholische Vereinswesen nicht möglich.

Quelle: Holtmann, Everhard, Die Organisation der Sozialdemokratie in der Ersten Republik, in: Maderthaler, Wolfgang / Müller, Wolfgang C. (Hg.), Die Organisation der Österreichischen Sozialdemokratie 1889-1995, Wien 1996, S. 149.

## 9. Entwicklung des Mitgliederanteils von SPÖ und ÖVP in der Zweiten Republik

Jahr	SPÖ	ÖVP (Max.)*
1945	357.818	490.000
1949	614.366	485.000
1953	657.042	505.000
1956	687.972	565.000
1959	710.378	590.000
1962	698.705	655.000
1966	707.972	700.000
1970	719.389	720.000
1971	703.093	715.000
1975	693.156	715.000
1979	721.262	720.000
1983	694.598	720.000
1986	674.821	695.000
1990	620.141	670.000
1994	512.838	642.000
1995	487.597	633.000
1999	384.328	605.000
2002	328.686	622.000

\* Mitgliederstand auf Basis der drei Bünde.

Quelle; Ucakar, Karl, Sozialdemokratische Partei Österreichs sowie Müller, Wolfgang C., Die Österreichische Volkspartei, in: Dachs, Herbert u.a. (Hg.), Politik in Österreich. Das Handbuch, Wien 2006, S. 332 und 347.